

12.12.2018

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)“

Drucksache 17/3300 sowie Drucksache 17/4100 (Ergänzung) in der Fassung nach der 2. Lesung

Haushalt des Landes NRW 2019: Politik endlich gestalten statt nur zu simulieren

I. Ausgangslage

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung und die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen verdeutlichen deren fortwährende Ideen- und Konzeptionslosigkeit. Statt klare Schwerpunkte zur Entwicklung des Landes zu setzen, wird mit der Gießkanne Geld verteilt und die Ministerialbürokratie aufgebläht. Gleichzeitig werden zentrale Bereiche der Landesentwicklung ignoriert.

Seit dem Haushalt 2016, der mit einem Überschuss von 217 Millionen Euro abgeschlossen hat, sind die Steuereinnahmen um fast 8 Milliarden Euro gestiegen. Trotzdem wurden 2017 durch Ministerpräsident Armin Laschet und Finanzminister Lutz Lienenkämper eine Milliarde Euro neue Schulden gemacht. Auch 2019 fällt der Überschuss mit 30 Millionen Euro äußerst gering aus.

Damit brechen CDU und FDP alle ihre Versprechen zum Schuldenabbau aus Oppositionszeiten. Die Steuermehreinnahmen von 2,6 Milliarden Euro alleine in 2019 werden wahllos verteilt und nicht gezielt eingesetzt.

Zudem wird der Mini-Überschuss nur durch Haushaltstricks aus dem letzten Jahr und hohe Bundesmittel aus der Kasse von Bundesfinanzminister Olaf Scholz erreicht. Die geplanten höheren Überschüsse der nächsten Jahre werden vor allem durch die von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft durchgesetzte Neuregelung der Bund-Länder-Finzen erreicht.

Im Haushalt 2019 werden, trotz Rekordsteuereinnahmen insbesondere in den Bereichen Bildung, soziale Gerechtigkeit und Wohnungsbau Investitionen vernachlässigt – zum Schaden der Menschen in NRW.

Datum des Originals: 11.12.2018/Ausgegeben: 12.12.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Notwendig Zukunftsinvestitionen für NRW

Die SPD hat in den Haushaltsberatungen fünf Schwerpunkte für mehr Zusammenhalt in NRW und gegen die Spaltung des Landes gesetzt.

a) Soziale Gerechtigkeit fördern

Mehr Geld gegen Kinderarmut, zur Gestaltung des digitalen Wandels auch im sozialen Bereich und zur Sicherung von Berufsperspektiven für Jugendliche durch die Absicherung der Berufseinstiegsbegleitung sind notwendige Investitionen in die Zukunft unserer sozialen Strukturen.

Zudem wollen wir, dass es konkrete Konsequenzen aus der von CDU und FDP beantragten Aktuellen Stunde „Kampf gegen Frauengewalt“ gibt, nämlich durch zusätzliche Mittel für Frauenhäuser. Den Worten müssen hier dringend Taten folgen.

b) Kollaps des Bildungssystems verhindern

Fehlende Kita-Plätze, erhebliche Probleme in der Offenen Ganztagschule und die hohe Anzahl nicht besetzter Lehrerinnen- und Lehrerstellen führen zu massiven Problemen im Bildungsbereich. Darauf soll unter anderem durch folgende Maßnahmen reagiert werden:

- Ein Investitionsprogramm von jährlich mindestens 100 Millionen Euro zur Schaffung neuer Kita-Plätze.
- Ein Rettungsprogramm in Höhe von 193 Millionen Euro zur Qualitätssicherung der Offenen Ganztagschulen bis zur Umsetzung einer Neukonzeption.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer.
- Nicht verausgabte Mittel durch freie Stellen im Schulbereich müssen den Schulen zur Verfügung gestellt werden, damit diese sie zur Umsetzung ihres Bildungsauftrages nutzen können, statt vom Finanzminister als Sparstrumpf genutzt zu werden.

c) Familien mit Kindern entlasten – Kita-Gebühren abschaffen

Ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 sollen für alle Familien die Kita-Gebühren entfallen. Dies entlastet direkt Familien mit Kindern und beendet die Ungerechtigkeit der von Stadt zu Stadt unterschiedlichen Gebühren. Wir legen konkrete Vorschläge für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vor, wahren die Landesregierung diese nur verspricht. Bei der Grunderwerbsteuer hat die Landesregierung Entlastungen versprochen, aber dann nur auf Entschließungen im Bundesrat verwiesen und ist selbst nicht aktiv geworden.

d) Innere Sicherheit stärken

Mit 200 zusätzliche Stellen für die Überwachung von Gefährdern soll ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage geleistet werden. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, dem wachsenden Problem von Gefährdern adäquat zu begegnen.

e) Strukturwandel gestalten

Das Land muss den Strukturwandel aktiv gestalten.

Es muss jetzt konkreten Maßnahmen zur Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze im Rheinischen Revier beginnen. Dies muss auch finanziell deutlich hinterlegt werden.

Des Weiteren muss die „Internationale Gartenbauausstellung Ruhr 2027“ als ein wichtiges Zukunftsprojekt des Ruhrgebiets vom Land finanziell abgesichert werden.

II. Der Landtag stellt fest:

Nach der Ablehnung dieser Vorschläge besteht in den genannten Bereichen weiter dringender Handlungsbedarf der mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden muss. Ansonsten werden hier Zukunftschancen für NRW verspielt.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- endlich ein finanzpolitisches Konzept zu erarbeiten, dass die extrem gute wirtschaftliche und fiskalische Lage nutzt, um das Land zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.
- die ziellose und planlose Politik des Geldverteilens mit der Gießkanne sofort zu beenden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Stefan Zimkeit

und Fraktion